

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden  
Verlagsnummer: 15344  
Post für Nachrichten: Nr. 2011  
Schlüsselnummer: 2011  
Verleger: H. L. W. Müller

Verlag: H. L. W. Müller  
Verlagsnummer: 15344  
Post für Nachrichten: Nr. 2011  
Schlüsselnummer: 2011  
Verleger: H. L. W. Müller

Verlag: H. L. W. Müller  
Verlagsnummer: 15344  
Post für Nachrichten: Nr. 2011  
Schlüsselnummer: 2011  
Verleger: H. L. W. Müller

## Entrechtung deutscher Beamten in Memel

### Simaitis kündigt weitere Entlassungen an

**Rowno, 1. April.** Gelegenlich seines Rownoer Besuchs äußerte sich Direktor Simaitis Pressevertretern gegenüber, daß es bei der Entlassung der 21 Lehrer in Memel nicht bleiben wird. Er werde außerdem keinen Beamten einstellen, der nicht auch die litauische Sprache beherrscht.

Über die Wahlen äußerte sich Simaitis sehr optimistisch. Seiner Ansicht nach wäre die memelländische Bevölkerung mit der Politik der bisherigen Mehrheitsparteien nicht einverstanden. Das werde sich bei den Wahlen zeigen. Die Landtagswahlen würden nach dem alten parlamentarischen System abgehandelt werden. Es wäre aber vorgesehen, den 3/7 über die Mandatsverteilung neu zu interpretieren. Außerdem werde man das Verhältnis im a b s t r a k t e n, so daß der einzelne Kandidat gewählt werden dürfte.

Dieser ist zu bemerken: Nach Art. 29 des Memelstatuts werden die wahlberechtigten Rechte aller Beamten und Angestellten, die am 1. Januar 1923 im Memelgebiet angestellt waren, von den Behörden des Memelgebietes anerkannt.

An seiner Stelle des Memelstatuts wird die Kenntnis der litauischen Sprache als Vorbedingung für die Einstellung von Beamten festgelegt.

Bisher hat sich kein Anhaltspunkt dafür ergeben, daß die memelländische Bevölkerung mit der bisherigen Politik der Mehrheitsparteien nicht einverstanden ist. Aus den Ausführungen des Herrn Simaitis scheint aber hervorzugehen, daß Maßnahmen getroffen werden sollen, die eine normale Durchführung der Abstimmung beeinträchtigen werden.

Einseitlich der Bezugnahme auf Artikel 76 des litauischen Statuts geht es zu bemerken, daß zwar Art. 11 des Memelstatuts keine Anwendung zuläßt, daß aber andererseits Art. 10 des Statuts ausdrücklich vorsieht, daß die Abstimmung in „allgemeiner, direkter und allgemeiner Wahl“ stattfinden hat. Bereits anlässlich der Landtagswahlen im Herbst 1929 sind Versuche der litauischen Organe, den Wahlkreis zugunsten der litauischen Bevölkerungselemente

zu verschieben, durch Eingreifen des Völkerbundesrates verhindert worden.

### Enteignung deutschen Bodens in Polen

**Warschau, 1. April.** Der Staatsanzeiger veröffentlicht auf Grund des Agrarreformgesetzes die Namensliste der in diesem Jahre zum Zwangsverkauf gelangenden Güterflächen. Demnach werden im Bezirk Polen 2048 Hektar deutschen und 3889 Hektar polnischen Besitzes zwangsversteigert werden. Im Agrarbezirk Pommern 5744 Hektar deutschen und 1952 Hektar polnischen Besitzes. Auch diesmal wird der deutsche Besitz Volens und Pommerns weit über seinen prozentualen Anteil am Großgrundbesitz dieser beiden Provinzen zur Zwangsenteignung herangezogen, da der deutsche Besitzanteil in Polen etwa 27 Prozent, in Pommern etwa 32 Prozent der Gesamtfläche des Großgrundbesitzes ausmacht.

### Polen mißachtet Gravinäs Urteil

**Berlin, 1. April.** (Eigene Drahtmeldung.) Die polnische Regierung wird, wie aus Warschau gemeldet wird, das vom Völkerbundsamt für Danzig, Graf Gravinäs, gefällte Urteil im Streit um die Danziger Veredelungsprodukte vorerst als nicht ergangen betrachten und die von Danzig kommenden Waren der üblichen Kontrolle unterwerfen. Das bedeutet, was nach den Ankündigungen der polnischen Mächtigkeiten zu erwarten war, daß die polnische Regierung sich bedenkenlos über den Spruch Gravinäs hinwegsetzt.

### Litauische Boykottthese gegen Deutschland

**Rowno, 1. April.** Das Organ der litauischen Kaufleute ruft in seiner neuesten Nummer zum Boykott der deutschen Waren auf und fordert die Entfernung sämtlicher deutscher Bürger, die hier wirtschaftlich tätig sind.

## Der Kampf um Preußen

Die auf den inneren Umschwung in Deutschland gerichteten Anstrengungen und Hoffnungen konzentrieren sich immer mehr auf die Preußenwahlen und die gleichzeitigen Länderwahlen des 24. April. Auf absehbare Zeit bietet sich hier der letzte Anknüpfungspunkt, von dem aus das schwarz-rote System aus den Angeln gehoben werden kann. Die Richtung weist der alte Leitfaden der deutschen Innenpolitik: Der Preußen hat, der hat das Reich. Seine Wahrheit ist in der Vergangenheit bestätigt worden und soll nun in anderem Sinne erprobt werden. Dank dem starken Verwaltungsmitteln, aber den die preußische Staatsmacht im Gegensatz zur Reichsmacht verliert, die mit ihren Behörden in der Luft hängt, war es der Sozialdemokratie möglich, auch dann ihren Einfluß auf die Reichspolitik auszuüben, wenn sie zur Reichsregierung in Opposition stand; denn die Reichsminister waren und bleiben bei der Durchführung ihrer Politik vom guten Willen der preußischen Minister abhängig. Wegen kleine Länder, wie Thüringen und Braunschweig, konnten sie sich mit größerem oder geringerem Erfolg durchsetzen, Preußen gegenüber müssen sie sich immer zur Verständigung, meistens sogar zum Nachgeben entschließen. Das hat sich besonders auffallend bei der Durchführung der Osthilfe gezeigt, die von der Preußenregierung gegen den Willen der Reichsregierung als Waffe gegen den ihr verhassten ostelbischen Großgrundbesitz benutzt wurde, und in den letzten Tagen bei der eigenartigen Auseinandersetzung zwischen Groener und Severing und Hitler, in deren Verlauf der Reichsminister so lange an seiner ursprünglichen Stellungnahme zur Politik gegen den Nationalsozialismus korrigieren mußte, bis das beschädigte Prestige des preußischen Innenministers, äußerlich wenigstens, wiederhergestellt war. Eine solche Machtposition ist wohl der Einfluß aller Kräfte wert. Von ihr aus muß es der nationalen Opposition gelingen, den über die Reichspräsidentenschaft unangreifbaren Kräftekreis von Preußen her aufzubrechen. Mit verbissener Wut kämpft deshalb die Sozialdemokratie um ihre preußische Stellung, während sich das Zentrum, in Erwartung des Wahlsieges, vorsichtig zurückhält und die Opposition in viel breiterer Front als beim Präsidentschaftskampf zum Sturm antritt. Als eines der wenigen nichtwählenden Länder hat Sachsen seinen aktiven Anteil an diesem Ringen, aber die Berührung ist zu nahe und die Folgewirkungen über die Reichspolitik sind zu groß, als daß wir den Vorgängen gegenüber gleichgültig bleiben könnten.

Es kommt in Preußen nicht nur darauf an, daß das System Braun-Severing gestürzt wird — das ist bei der schwachen Mehrheit, über die es im abtretenden Landtag verfügt hat, keine Kunst —, sondern wie sich die neue Mehrheit gestaltet, ob sie die Rechte allein erobert, ob das Zentrum wieder den Ausschlag gibt oder ob gar die kleinen Gruppen in der Mitte und halbwegs zum Rand hin an der Waage werden, die jetzt im Reichsbürgertum die Sammelungsbestrebungen von allen Seiten so heiß umworben sind. Der Wille zum Eigenleben und zur Selbstbehauptung ist allerdings in diesen Parteiengebilden erstaunlich groß, wohl infolge des Ergebnisses der Hindenburgwahl, von deren 18-Millionen-Ziffer sich trotz der Unberechenbarkeit ihrer Zusammenfassung jede Splittergruppe so viel zurechnet, als sie braucht und wünscht. Daran werden in Verrechnung des Unterschiedes zwischen einer Persönlichkeitswahl unter dem Namen Hindenburg und einer parlamentarischen Wahlenwahl tragische Hoffnungen auf neuen Aufschwung geschöpft. Unter diesen Umständen ist es unwahrscheinlich, daß irgendeine der eingeleiteten Sammelungsbewegungen zu größeren Zusammenfassungen führt; es wird wohl, abgesehen von dem Bündnis zwischen der Wirtschaftspartei, dem Landvolk und Reichspartei, bei den üblichen Verbindungen bleiben und bei der Zerplitterung in 20 bis 25 Wahlvorschläge. Freude herrscht darüber nur bei der Sozialdemokratie, die mit dem Verlust einer fastlichen Anzahl allgemeiner Mandate rechnen darf. Bei der letzten Landtagswahl sind auf diese Weise 840 000 Stimmen ausgefallen, das sind, in Mandate umgerechnet, 21 Sitze, die auf der Seite der Opposition genügt hätten, um die sozialistische Herrschaft über Preußen unmöglich zu machen. Wenn jetzt ein ähnlicher Aufwand bürgerlicher Kraft nutzlos veriaht wird, so bedeutet das natürlich wieder eine ebensolche Stärkung für die Sozialdemokratie und, zum Teil wenigstens, einen Ausschlag für die Verluste, die sie durch die Flucht eigener Anhänger erleidet. Ihre Führer begnügen sich aber nicht damit, die Fehler der anderen auszunutzen; auch innerhalb ihres Wahlbereiches leisten sie ganze Arbeit, um den drohenden Zusammenbruch abzuwenden. Das dabei die wenigen Überreste demokratischer Einrichtungen über Bord gehen, die dem Sturm der letzten Jahre noch standgehalten haben, kümmert sie in ihrem Verzweiflungskampf wenig. Man möchte überhaupt fast sagen, daß dies das Kennzeichen des preußischen Wahlkampfes ist: die Umwertung aller politischen Werte, die völlige Verkehrung der Fronten. Die ihrer Grundhaltung nach antidemokratischen Parteien sind angewiesen, um die Erhaltung der verfassungsmäßigen Rechte zu kämpfen, während die Parteien, welche diese Ver-

## Die Weiterentwicklung der Donauaktion

### Malarat fürchtet die deutsche Konkurrenz

**Berlin, 1. April.** Der Londoner „Spectator“ veröffentlicht ein Interview mit dem Präsidenten der tschechischen Republik, Malarat, in dem sich dieser ausführlich über die Aufgaben der Donaupolitik äußert. Malarat bringt zu a. a. zum Ausdruck, daß zunächst eine Einigung zwischen den fünf oder sechs kleinen Donauländern hergestellt werden müsse und führt dann fort:

Wir fürchten, ehrlich gesagt, die deutsche Konkurrenz und Deutschlands Schweregewicht, wenn es in unseren Plan eingeschlossen würde.

Ebenso aber möchten wir keine Einmischung von Seiten einer der anderen Großmächte in unsere Union. Dieser mittel-europäische Block ist in keiner Weise gegen Deutschland gerichtet. Wir glauben im Gegenteil, daß sein Gelingen auch für Deutschland von größtem Nutzen sein würde. Was die deutsch-tschechischen Beziehungen angeht, so ist Deutschland unser Hauptabnehmer. Wir sind Nachbarn; unsere Beziehungen müssen aus rein geographischen und ökonomischen Gründen stets sehr eng sein und immer eng bleiben.

Es wäre also heller Wahnsinn, daran zu denken, daß die Tschechoslowakei eine Politik einzuschlagen gedächte, die Deutschland verstimmen würde.

Unsere wirtschaftliche Zukunft wird immer mit Mitteleuropa, mit Deutschland und mit den osteuropäischen Staaten, einschließlich des Balkans und Rußlands, zusammenhängen. — Nach den Aussagen der tschechischen Außenpolitik geirrat, erklärte Malarat, daß man ein europäisches Bündnis als einziger sichere Basis für einen europäischen Frieden brauche. Der Grund der gegenwärtigen Unruhe sei die Furcht der 40 Millionen Franzosen vor den „80 Millionen Deutschen“.

### Bericht des Genfer Finanzausschusses

**Genf, 1. April.** Der Bericht des Finanzausschusses an den Völkerbundrat über seine Tagung in Paris ist jetzt der Öffentlichkeit übergeben worden. Die Pariser Tagung des Ausschusses galt vor allem der Untersuchung der Finanzlage Österreichs, Bulgariens, Griechenlands und Ungarns. Der Bericht verdient unter anderem auch besondere Beachtung, weil er den Maßnahmen für die am 12. April ein-berufene Ratstagung geben wird. Er stellt unter Zitiertung des Wiener Sachverständigenausschusses vom Juli 1931 und des im Dezember letzten Jahres zusammengetretenen beratenden Sonderausschusses fest, daß die Verschleppung der Pariser Konferenz bis Juni d. J. von einer ersten Verschärfung der Weltlage begleitet ist, und daß diese allgemeine Verschärfung erste Auswirkungen auf die Lage der vier genannten Staaten ausgeübt hat. Infolgedessen sollten auch die früher von ihm vorgeschlagenen Hilfsmaßnahmen nicht mehr aus-

weil die großen Probleme bis jetzt noch keine wirkliche Lösung gefunden hätten. Mit besonderer Eindringlichkeit betont der Ausschuss die Notwendigkeit rascheren Handelns, um einem neuen finanziellen Zusammenbruch vorzubeugen. Für den Augenblick schlägt er eine gemeinsame Aktion in Form einer auf den internationalen Märkten auszuführenden Anleihe unter der Bürgschaft der beteiligten Staaten vor, um die dringenden Bedürfnisse der bedrohten Länder zu befriedigen. Das Interesse aller erfordere eine gemeinsame Anstrengung der Regierungen zur Rettung der Lage. Der Ausschuss erinnert dann an die Empfehlung in seinem letzten Bericht, wonach sobald als möglich in Mitteleuropa engere wirtschaftliche Beziehungen zwischen den benachbarten Staaten hergestellt werden sollten. Er bekräftigt die in der Zwischenzeit auf diesem Gebiet erhaltene Initiative, enthält sich aber jeder eigenen Stellungnahme zu den politischen Fragen.

### Die deutsche Abordnung für London

**Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung**  
**Berlin, 1. April.** Die deutschen Vertreter für die Londoner Zusammenkunft werden voraussichtlich am Donnerstag, dem 7. April, abreisen. Die Delegation wird nur wenige Personen umfassen, und zwar wird neben dem Staatssekretär v. Hilow voraussichtlich noch Ministerialdirektor Pöffe vom Reichswirtschaftsministerium nach London fahren. Vom Auswärtigen Amt führt entweder Ministerialdirektor Ritter oder der Referent für Donaufragen, Fortrittender Legationsrat v. Deeren, der in der letzten Zeit bereits mehrfach internationale Verhandlungen über das Donauproblem geführt hat, mit.

### Eine Denkschrift des britischen Außenamtes

**London, 1. April.** Wie verlautet, wird im britischen Außenamt eine Denkschrift ausgearbeitet, die als Verhandlungsdarstellung der bevorstehenden Viermächtekonferenz über die Donaubundpläne dienen soll.

### Maßregelungen in der Sowjetunion

**Moskau, 1. April.** Durch Beschluß der Sowjetregierung und der kommunistischen Parteileitung wurden mehr als 80 Direktoren staatlicher Betriebe wegen Miswirtschaftsamt an gerichtlicher Verantwortung gezogen. Weitere 100 Direktoren wurden ihrer Ämter enthoben, da im letzten Jahre die Leistungen der Arbeiter nur zu 60 Prozent erfüllt wurden, wodurch erhebliche Schwierigkeiten in der Versorgung der Städte und der Arbeitergebiete entstanden. Durch Beschluß der Regierung wurde die Reorganisation aller Betriebe bis August angeordnet, die vor allem durch Aufstellung von großen Betrieben in kleinere wirtschaftliche Einheiten erfolgen soll.